



Aktueller Begriff

Herausforderungen der Afrikanischen Union

Am 15. Juni 2015 endete der 25. Gipfel der Afrikanischen Union (AU) in Südafrika. In Pretoria und Johannesburg tagten die Delegationen von 52 der derzeit 54 Mitgliedsstaaten eine Woche lang (die Zentralafrikanische Republik und Guinea-Bissau sind aktuell suspendiert) und berieten über die regionale Kooperation auf dem afrikanischen Kontinent. Das Motto des Gipfels lautete „2015: Year of Women’s Empowerment and Development Towards Africa’s Agenda 2063“.

Die Berichterstattung in europäischen Medien über das Ereignis war geprägt vom Versuch der südafrikanischen Menschenrechtsgruppe SALC (South African Litigation Centre), den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir verhaften zu lassen. Gegen al-Bashir liegt ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) aufgrund einer Anklage wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Darfur vor. Bashir entzog sich der Festnahme durch Ausreise vor dem Ende des Gipfels. Südafrikanische Regierungsvertreter hatten den Haftbefehl kritisiert. Auch ein Appell des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, und ein Ausreiseverbot eines südafrikanischen Gerichtes verhinderten al-Bashirs Ausreise in den Sudan nicht. Gipfelpräsident Mugabe erklärte in einem Interview, der südafrikanische Präsident Zuma habe ihm zugesichert, dass al-Bashir nicht verhaftet werden würde. Der 92-jährige Präsident Simbabwes, der selbst seit Jahren wegen seiner Politik und der sich stetig verschlechternden Menschenrechtsslage in seinem Land in der Kritik steht, erklärte zudem, dass NGOs wie SALC vom Ausland finanziert seien und der IStGH in Afrika nicht erwünscht sei.

Fast unbemerkt blieb dabei, dass Mugabe in seiner Rede zum Abschluss des Gipfels eine deutliche Kehrtwende von früheren Positionen vollzog, in denen er die Probleme Afrikas meist Europa, bzw. den früheren Kolonialmächten, angelastet hatte. Er erklärte, dass Afrika seine Probleme selbst lösen müsse. Er forderte massive Investitionen in die Infrastruktur und eine Liberalisierung des regionalen Handels. Er und andere Gipfelteilnehmer lobten die in der vorangegangenen Woche vollzogene Gründung der afrikanischen Freihandelszone TFTA (Tripartite Free Trade Area, Dreiteilige Freihandelszone), in der 26 Staaten die gegenseitigen Zölle aufheben wollen. Außerdem erwähnte Mugabe die Migration junger Afrikaner nach Europa und erinnerte an die Verantwortung der afrikanischen Regierungen: „Wir müssen unsere Anstrengungen verdoppeln, die unnötigen Verluste an Menschenleben im Mittelmeer unter unseren jungen Leuten beim verzweifelten Versuch, Europa zu erreichen, zu vermindern. Konkrete Schritte müssen unternommen werden, um mit dieser Tragödie umzugehen, insbesondere mit ihren Ursachen, wie Armut, Krieg und Unsicherheit, Mangel an Möglichkeiten, Vorstellungen über das Leben im Ausland.“ Ähnlich äußerte sich die AU-Kommissionsvorsitzende Nkosazana Dlamini-Zuma (Südafrika), die außerdem auf die westafrikanische Ebola-Epidemie als Beispiel für die Notwendigkeit innerafrikanischer Kooperation verwies.

Inhaltlich war der Gipfel trotz des Mottos weniger von der Frauenförderung als von den Themen Infrastrukturausbau, wirtschaftliche Integration und innerafrikanische Konflikte geprägt. Die AU-Kommissarin für Infrastruktur, Elham Mahmoud Ibrahim (Ägypten), forderte einen Ausbau des Energiesektors. Afrika habe insbesondere bei den erneuerbaren Energien aus Sonne, Wind und Wasser große Wachstumspotenziale.

Die Afrikanische Entwicklungsbank hatte 2011 für Ausbau und Erhalt von Verkehrs-, Bewässerungs-, Wasserversorgungs-, Kommunikations- und Energieinfrastruktur allein in den Staaten des subsaharischen Afrikas eine Summe von insgesamt 93 Milliarden US-Dollar jährlich bis 2021 benannt. Aktuell hat die Afrikanische Union in ihrem Infrastrukturprogramm, dem Programme for Infrastructure Development in Africa (PIDA), bis 2030 380 Milliarden US-Dollar veranschlagt.

Neben der Gründung der TFTA durch drei bereits bestehende regionale Freihandelszonen (Common Market for Eastern and Southern Africa (COMESA), East African Community (EAC) und Southern Africa Development Community (SADC)) wurden auf dem Gipfel die Verhandlungen über die für 2017 geplante Gründung einer kontinentalen afrikanischen Freihandelszone (Continental Free Trade Area, CFTA) vorangetrieben. Bisher finden nur 12 Prozent des afrikanischen Handels zwischen afrikanischen Staaten statt (zum Vergleich: 60 Prozent des europäischen Handels verlaufen innereuropäisch, in Nordamerika sind 40 Prozent des Handels regional). Dies liegt nicht nur an der mangelnden Nachfrage nach afrikanischen Produkten in Afrika, sondern auch an den Zollschränken zwischen den Staaten.

Die AU beriet zudem über die aktuellen Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent. Dabei standen besonders Libyen, Burundi und Südsudan, Länder, in denen derzeit bürgerkriegsähnliche Konflikte herrschen, im Fokus. Auch die AU-Mission in Somalia (AMISOM), in der momentan 17.000 Soldaten aus Kenia, Äthiopien, Uganda und Burundi im Einsatz zur Befriedung des Landes und Bekämpfung der radikalislamistischen Shabaab-Miliz sind, wurde thematisiert. Es wurde beschlossen, den Konfliktparteien in Libyen einen neuen Friedensplan vorzulegen.

Ferner war die AU selbst, insbesondere ihre Finanzierung, Gegenstand des Gipfels. Die Mitglieder beschlossen, ihre Beiträge zu erhöhen. Damit soll die AU ihre Administrativkosten zu 100 Prozent, ihre Programme zu 75 Prozent und ihre Friedenssicherungs- und Sicherheitseinsätze zu 25 Prozent selbst finanzieren. Derzeit wird die AU zu 60 Prozent aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit der Industrieländer finanziert.

Quellen:

eNews Channel Africa, Zuma said he 'would not allow police to arrest Bashir': Mugabe, 16. Juni 2015, <http://www.enca.com/south-africa/zuma-said-he-would-not-allow-police-arrest-bashir-mugabe> (Zugriff am 17. Juni 2015).

The Citizen, AU leaders took important decisions at 25th summit, 16. Juni 2015, <http://citizen.co.za/404818/au-leaders-took-important-decisions-at-25th-summit/> (Zugriff am 17. Juni 2015).

Ingo Rose, Ausgewählte Aspekte der Wirtschaftskooperation mit afrikanischen Ländern, Sachstand der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages, WD 2 - 3000 - 125/14, 17. August 2014.

Rede von Robert Mugabe am 15. Juni 2015, auf eNews Channel Africa, End continental conflict, stop xenophobia: Mugabe at AU Summit, 15. Juni 2015, <http://www.enca.com/africa/end-continental-conflict-stop-xenophobia-mugabe-au-summit> (Zugriff am 17. Juni 2015).